

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

9. XXIV/242

Bonn, den 18. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>BILDUNGSPOLITIK</u> Vom "Antrag 100" zu Leussinks Plänen	46
2	<u>Eine deutsche Exilregierung?</u> Phantasten, auf die schtzugeben ist	44
3 - 4	<u>"Wettstreit" für ein gesichertes Alter</u> Drei Volksinitiativen fordern Ausbau der Schweizer Altersversicherung Von Hermann Battaglia, Bern	67
5 - 6	<u>"Ewige Jugend der alten Hauptstadt"</u> Kremi bleibt Zentrum von Moskau Nach dem neuen Generalplan soll die Bevölkerungszahl der Stadt stabilisiert werden	89

BILDUNGSPOLITIK

Vom "Antrag 100" zu Leussinks Plänen

sp - Kaum hat Wissenschaftsminister Leussink seine Pläne zur tiefgreifenden Reform unseres gesamten Bildungswesens bekannt gegeben, da bilden sich schon wieder einige Kritiker, die da meinen, der Minister betrachte wohl sein Ministerium als ein "Ingenieur-Büro für Bildungsprojekte". Einerseits wird zwar die Initiative des Ministers begrüßt, andererseits bedauert, daß Leussink nicht sofort einen Hinweis darauf geben kann, welches Bildungssystem an die Stelle des "mausetoten Bildungssystems Humboldts" treten soll.

Wir haben in diesen Tagen nachgelesen, was man so allgemein schrieb und sagte, als die SPD auf ihrem Parteitag 1956 in München den berühmten von Waldemar von Knoeringer vorgelegten und begründeten "Antrag 100" verabschiedete. Wir erinnern uns auch an die Kritiken, denen damals der nordrhein-westfälische Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Leo Brandt, ausgesetzt war, als er über die Bildungsaufgaben in der zweiten Revolution sprach...

Der "Antrag 100" war der erste Versuch einer großen demokratischen Partei in der Bundesrepublik, die deutsche Öffentlichkeit auf die zwinrende Notwendigkeit einer schnellen Reform unseres gesamten Bildungswesens aufmerksam zu machen. Dieser Antrag und seine Begründung sind heute noch aktuell. Sie enthalten konkrete Angaben nicht nur für den Nachholbedarf in unserem Bildungswesen, sondern auch für die über die Ländergrenzen hinausgreifenden notwendigen Gesamtplanungen; selbstverständlich unter Respektierung des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik mit der Kulturhoheit der Bundesländer.

Die Fachwelt war von diesem grandiosen Versuch der Sozialdemokratie, endlich die Reform unseres Bildungswesens und eine vorausschauende Planung bis in die 70er Jahre hinein zum Teil sehr angetan. Vieles, was seitdem auf dem Gebiet der Bildungspolitik geschehen ist - im Bund und in den Ländern - hat damals in München seinen Anfang genommen.

Und doch: Manches blieb stecken und konnte nicht weiterentwickelt werden, weil hier und dort kleinliches Denken und Interesselosigkeit, Kritiksucht und grundsätzliche Opposition gegen Ideen und Vorschläge der Sozialdemokratie das Ganze schon im Ansatz zu ersticken drohten.

Wenn Wissenschaftsminister Leussink jetzt einen neuen Anlauf nimmt, kann er der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes gewiß sein, daß die Durchführung seiner Reformpläne für das Bildungswesen mit zu den dringlichsten Aufgaben der deutschen Innenpolitik gehört. Voreilige Kritiker an projizierten Einzelmaßnahmen sollten aber gerade jetzt daran denken, welcher Schaden für unser Volk entstanden ist, als man 1956 die Beschlüsse und Warnungen der Sozialdemokratie in den Wind schlug. Heute darf man, eher als 1956, davon ausgehen, daß das Bewußtsein unserer Bevölkerung für die bildungspolitischen Erfordernisse der letzten zwei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts geschärfter ist als vor 13 Jahren. Deshalb ist zu hoffen, daß diese Einsicht zum Allgemeinut wird und daß die Kritik an Leussink und seinen Mitarbeitern sich nicht in Kleinigkeiten verlieren möge. Jeder sachlich-fachliche Kritik ist erwünscht; sie wird sogar von Leussink und seinen Mitarbeitern begrüßt.

Eine deutsche Exilregierung?

Phantasten, auf die achtzugeben ist

sp - Ein Verband, der sich als Zusammenschluß von "Heimattreuen Grundeigentümern aus Ostpreußen und dem Sudetengebiet" bezeichnet und sich solcher kürzlich durch ein Manifest an die Öffentlichkeit trat, achtet von sich Aufsehen. Mit Flugblättern, Aufrufen und gezielten Aktionen will er das Spektrum des politischen Lebens in der Bundesrepublik bereichern. Die Forderungen dieses Verbandes grenzen an den politischen Irrsinn. Würde sich auch nur ein ganz geringer Teil unseres Volkes damit identifizieren, entstünde daraus eine Waffe, die sich gegen unser ganzes Volk richten würde.

Es sollen Personen angesprochen werden, die Eigentum im Osten verloren haben. Sie werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden, als ob es keinen Lastenausgleich gegeben hätte. Bei einem "Verzicht" Bonns auf die Gebiete in Ostpreußen, Pommern, Westbrandenburg, Schlesien und dem Sudetengebiet, so sagte der Sprecher dieses Verbandes, könnte eine "deutsche Exilregierung" gebildet werden, die dann auf der Basis der Anger-Landfriedensordnung international wegen widerrechtlicher Aneignung fremder Gebiete klagen würde. Das Manifest enthält den gegen den Bundeskanzler Brandt gerichteten ungeheuerlichen Vorwurf, er betreibe eine Preisgabepolitik, er habe nicht das Recht, mit Grundeigentum, "das ihm nicht gehört, Reparationsleistungen zu vollziehen". Dies ist ein unverhämter Versuch, die Bundesregierung für die Folgen eines Krieges verantwortlich zu machen, den eine Verbrecherclique entfacht hat.

Hier sind Phantasten, wenn nicht gar Verrückte am Werk. Sie gaukeln unserem Volk etwas vor, von dem sie selbst wissen, daß es eine Utopie ist. Sie treiben mit den Empfindungen der Vertriebenen Schindluder und versuchen Hoffnungen zu erwecken, die nur um den Preis eines Krieges erfüllt wären. Ihre Absichten sind eine Sabotage der deutschen Politik, die Verständigung und Aussöhnung auch mit den östlichen Nachbarn anstrebt. Sie machen in wildestem Nationalismus, der Gift für unser Volk ist und tödliche Gefahren heraufbeschwört.

Es wird notwendig sein, die Aktivität dieses Verbandes "Heimattreue Grundeigentümer" sehr genau zu verfolgen, kann sie doch unermesslichen Schaden für Volk und Staat anrichten. Den Gegnern einer Aussöhnung mit dem deutschen Volk und den Scharfmachern in der DDR mag dieser Verband als Bundesgenosse höchst willkommen sein, liefert er doch neue Bausteine für ein verzerrtes Deutschlandbild, das es zu korrigieren gilt, wenn wir auf dem mühsamen Weg einer europäischen Friedensordnung weiterkommen wollen. Hier ist höchste Wachsamkeit aller demokratischen Kräfte und ihre Distanzierung vor diesem Verband vonnöten. Schon einmal hat uns der Wahnsinn einiger Phantasten an den Rand des Abgrundes gebracht; was die Initiatoren dieses Verbandes bezwecken, hat mit Heimatliebe, mit Recht und Gerechtigkeit nichts zu tun, wohl aber mit der Sabotage aller Bemühungen, unserem gespaltenen Volk eine gesicherte Zukunft zu gewährleisten.

"Wettstreit" für ein gesichertes Alter

Drei Volksinitiativen fordern Ausbau der Schweizer Altersversicherung

Von Hermann Battaglia, Bern

Volksinitiativen sind zwar in der Schweiz keine Seltenheit. Daß aber der Bürger gleichzeitig von drei verschiedenen Gruppen zur Unterschrift ihres Vorstoßes, die alle die gleiche Materie betreffen, aufgeufen wird, bildet doch eine Ausnahme. Das gegenwärtig im Gange befindliche Rennen über den Ausbau der staatlichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ist von der Sozialdemokratischen Partei im Juni 1968 ausgelöst worden. Damals wurde grundsätzlich beschlossen, die Einführung einer Volkspension zu fordern. Die kommunistische Partei der Arbeit reagierte rasch; im April dieses Jahres, als die Sozialdemokraten immer noch an ihrem angekündigten Vorstoß herumfeilten und um die Unterstützung der Gewerkschafter kämpfte, lancierte die PÖA ihre eigene Volkspensionsinitiative. Deren Unterschriftensammlung ist inzwischen bereits abgeschlossen. Schließlich nahm auch ein überparteiliches bürgerliches Komitee noch wenige Wochen vor den Sozialdemokraten, deren definitiver Entscheid anfangs November fiel, das Rennen mit einem eigenen Volksbegehren auf. Erfreulich ist, daß alle drei Vorschläge anerkennen, daß die Betagten nicht nur ein Recht auf ein Existenzminimum haben, sondern auf ein gesichertes, menschenwürdiges Alter.

Die von der SPS vorgeschlagene Volkspension geht davon aus, daß heute erst ein Drittel aller Schweizer Arbeitnehmer einen genügenden Versicherungsschutz im Alter und bei Invalidität besitzt. Sie fordert eine Rente von mindestens 60 Prozent des vorher bezogenen Lohnes, auf welcher der Teuerungsausgleich garantiert sein muß. Die bisherige Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Invalidenversicherung würden zu einer Grundversicherung ausgebaut, deren Mindestrente den Existenzbedarf deckt. Die Spanne zwischen dieser Grundrente und den anvisierten 60 Prozent würde durch eine staatliche Zusatzversicherung überbrückt. Wer aber bereits mit Grundrente und Betriebspension auf 60 Prozent seines früheren Lohnes kommt, müßte sich dieser Zusatzversicherung nicht anschließen. Allerdings wird verlangt, daß die betrieblichen Pensionskassen mindestens die gleichen Leistungen erbringen müssen wie die Zusatzversicherung, daß ihre Renten der Teuerung angepaßt werden

und daß die volle Freizügigkeit gewährt ist. Das vorgeschlagene Finanzierungsverfahren ermöglicht eine rasche Verbesserung aller Renten.

Obwohl der bürgerliche Vorstoß Postulate enthält, die von dieser Seite noch vor wenigen Jahren heftig bekämpft wurden, weist er doch mehr als nur Schönheitsfehler auf. Zwar tönt es gut, wenn von der Sicherung eines angemessenen Einkommens gesprochen wird, welches erlaubt, die gewohnte Lebenshaltung weiterzuführen. Was aber heißt das konkret? Die bürgerliche Methode sieht nur einen kleinen Spielraum für eine weitere Verbesserung der AHV vor. Über diese verfassungsmäßig festgelegte Grenze hinaus müßte der Ausbau der Altersversicherung über die betrieblichen Pensionskassen erfolgen. Diese sollten obligatorisch erklärt werden. Wie soll diese Aufgabe aber von den kleineren Unternehmungen gelöst werden? Würden schließlich nicht die privaten Versicherungsgesellschaften die machenden Dritten sein? Aber auch dort, wo neue Betriebspensionskassen errichtet werden könnten, dürfte es wegen der vorgesehenen Finanzierung mindestens 30 Jahre dauern, bis sie voll leistungsfähig wären. Wieweit diese Kassen für die Arbeitnehmer als "goldene Fesseln" gedacht sind, ist eine weitere offene Frage.

Die PdA-Volksinitiative verlangt ebenfalls eine Rente von 60 Prozent des früheren Einkommens. Die Mindestrente würde 500 Franken betragen. Auch hier ist der automatische Teuerungsausgleich vorgesehen. Da die Maximalrenten nach oben sehr eng begrenzt sind, würden recht bald schon mittlere Angestellte und Beamte nicht mehr auf die 60 Prozent kommen. Das Volksbegehren sieht zudem den Einbau - d.h. die Auflösung - auch der guten, heute bestehenden betrieblichen Pensionskassen in die staatliche Versicherung vor.

Vor allem wegen ihrer kommunistischen Eltern sind die Chancen der PdA-Initiative, auch wenn sie als erste eingereicht wurde, sehr gering. Es ist überhaupt fraglich, ob je einmal eines der drei Begehren dem Volk vorgelegt wird. Man rechnet in weiten Kreisen damit, daß der Bundesrat dem Parlament einen Gegenvorschlag unterbreitet. Der würde zwar wohl niemanden ganz befriedigen, aber doch akzeptabel sein. Die drei Initiativen könnten dann ihre Vorstöße mit dem "stolzen Gefühl" zurückziehen, sie seien es gewesen, welche den Anstoß zur Verbesserung der Altersversicherung gegeben hätten.

"Ewige Jugend der alten Hauptstadt"

Kreml bleibt Zentrum von Moskau

Nach dem neuen Generalplan soll die
Bevölkerungszahl der Stadt stabilisiert werden

rh - Drei Jahre wurde an einem Generalplan für das "Moskau des Jahres 2000" gearbeitet, dessen interessante Konzeption und dessen Einzelheiten man jetzt in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften nachlesen kann. Zwei bedeutsame Tatsachen sind da hervorzuheben: der Kreml bleibt das "zentrale, bedeutsame Ensemble" der Stadt; und: der Generalplan schlägt vor, die Einwohnerzahl von Moskau zu "stabilisieren".

Derzeitige Stadtgrenze soll bleiben

Um die Position des Kreml als Zentrum von morgen zu unterstreichen, will man ihn mit Parks und Grünanlagen umgeben. Seine Monumentalität soll durch eine bauliche Abstufung der umliegenden Gebäude und der vorgesehenen Neubauten betont werden, damit ein harmonisches Bild geschaffen wird, in dem der Kreml voll zur Geltung kommt. Auch in dem erstmalig vorgeschlagenen "generellen Schema einer komplexen Beleuchtung" der Stadt werden Kreml und Roter Platz im Mittelpunkt der Beleuchtungseffekte stehen. Die "bunten Lichteffekte und leuchtenden Farben" sollen Bestandteil des Stadtbildes werden und die "ewige Jugend der alten Hauptstadt" betonen.

Die Stabilisierung der Zahl der Einwohner Moskaus - die Bevölkerungszahl hat sich seit dem letzten Kriege geradezu explosionsartig vermehrt und steigt noch immer an - wird damit begründet, daß sich die Stadt "nicht unendlich ausdehnen" könne. Vorgeschlagen wird ein Verbot der Errichtung neuer Industriebetriebe mit Ausnahme solcher Werke, die für die Stadt lebenswichtig sind. Die bestehenden Betriebe könnten in Zukunft allein durch ihre Rekonstruktion und Modernisierung für eine Produktionssteigerung sorgen, demnach nicht durch Vermehrung der Arbeitskräfte. Die heutige Stadtgrenze von Moskau wird im Generalplan nicht geändert, sie verläuft entlang der Autoringstraße. Eine weitere Klammer zur Stabilisierung der Stadtrandgebiete wird die vorgesehene 70 km lange U-Bahn-Ringlinie schaffen. Insgesamt wird die Moskauer U-Bahn auf 300 km verlängert, die Zahl ihrer Stationen von derzeit 42 auf 180 erhöht. Um Moskau sind weitere grüne Zonen mit Sanatorien und Touristenlagern vorgesehen, in denen zwei Millionen Stadtbewohner das Wochenende verbringen können - ein wahrhaft gigantisches Vorhaben.

Neue Verkehrs-Tangenten

Nicht minder großzügig sind auch die Pläne, neue Verkehrsadern durch die Stadt zu schaffen und bereits bestehende um- und auszubauen. Als wichtigste dieser Verkehrsadern wird der Nowokirowski-Prospekt vom Dzierzynski-Platz zum Komsomolskaja-Platz bezeichnet, der den Stadtkern in einer Länge von 2,5 km und einer Breite von 50 bis 80 m mit den drei Moskauer Bahnhöfen am Komsomolskaja-Platz verbinden wird. Als weitere Schwerpunkte des diagonalen Verkehrs werden der Marx-Prospekt

pekt (vom bereits genannten Dzierzynski-Platz zum Kropotkin-Kai), der Kalinin-Prospekt (zwischen Arbat-Platz und Marx-Prospekt) und der Nowodmitrowski-Prospekt (von der Kleinen Steinernen Brücke zum Oktoberplatz) bezeichnet.

Die wichtigste neue Verkehrsachse, der Nowokirowski-Prospekt, vermittelt ein Planvorhaben, das typische Elemente der modernen Stadtgestaltung enthält, wie sie den sowjetischen Städtebauern vorschweben. Vorrang haben administrative und gemeinnützige Bauten, da der neue Prospekt vom Stadtzentrum ausgeht. Da aber ein Moskauer Prospekt "auch leben muß" (am Abend und an Sonn- und Feiertagen), so wird er neue Kinos und eine Fülle von Geschäften, Restaurants und Kaffeehäuser erhalten. Zuerst werden, weil viele Baudenkmäler noch besser als bisher zur Geltung kommen sollen, entlang dem Prospekt drei- bis vierstöckige Häuser entstehen. Am Boulevard-Ring werden sie dann sechs Stockwerke haben, näher zum Komsomolskaja-Platz werden sie bereits 14 bis 20 Stockwerke erreichen, um schließlich um den Zielplatz sich zu 50 bis 70 Geschossen aufzutürmen - der neue Prospekt wird sich also in anstiegender Baulinie aus dem Stadtbild hervorheben.

Zweigeschossigen Platzverkehr

Auch sonst hat sich der Generalplan für das zukünftige Moskau allseits vorgenommen. Der vollständig ungebraute Arbat-Platz mit dem Haus des Friedens und der Völkerfreundschaft, dem neuen Haus der Journalisten und dem turmartigen Tass-Gebäude wird z.B. seinen Verkehr auf zwei Ebenen bewältigen. Unter der Erde werden die Autos und Busse verkehren, werden Parkstellen eingerichtet und die Zugänge zur U-Bahn angelegt. Das Obergeschoß der Platzkreuzung auf dem heutigen Niveau wird mit seinen Grünanlagen und Blumenkästen den Fußgängern vorbehalten bleiben. Auch sonst sind zahlreiche Unterführungen und Straßenkreuzungen auf verschiedenen Ebenen vorgesehen.

Im Generalplan verdrängen die Busse, weil beweglicher und schneller, endgültig die lange protegierten Trolleybusse. Man hat in Moskau die gleichen Verkehrserfahrungen gemacht wie in Prag, wo die letzte Trolleybuslinie vor der Stilllegung steht. Schnellbahnen stehen auf dem Programm, ferner zwei Ringstraßen innerhalb des Stadtgebietes. Seitdem an der Wolga in Togliatti das Mammutwerk für LKWs entsteht, ist für den Generalplan die Errichtung von vielstöckigen sowie unterirdischen Garagen und Parkplätzen "sehr akut" geworden.

Neue Wohnblocks sind inmitten von Grünanlagen geplant. Der Baukomplex "Zentrales Touristenhaus" zeigt im Entwurf einen fächerförmigen Wolkenkratzeraufbau an der linken Dominante bis zu 33 Stockwerken mit nachragenden Terrassenwänden auf dem Dach. Schon heute ist klar, daß dieses Moskau der Zukunft in einer Reihe von präzise erarbeiteten Baufolgen auf der festen Grundlage dieses erarbeiteten Stadtplanes entstehen wird. Man kann für die Generalplaner nur hoffen, daß sie alles richtig vorausgesehen und eingeplant haben. In Moskau ist, wie man weiß, alles möglich...